Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany

Tel. 0049 (0) 69-6061-0, Fax -559

eMail: nbi@sankt-georgen.de

web: www.sankt-georgen.de/nbi

Bernhard Emunds

Die Sozialinitiative und ihre Kritik an Finanzgeschäften ohne „realwirtschaftlichen Nutzen“

Ein Statement für den Kongress der Ökumenischen Sozialinitiative am 18.Juni 2014 in Berlin

(1) Kirchliche Stellungnahmen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, die gesellschaftliche Diskussionsprozesse anstoßen wollen, müssen über die kleinteiligen „Stellungskämpfe“ der Parteien im politischen Alltag hinauskommen und ethische Perspektiven aufzeigen. Die Veröffentlichung des Textes „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ – im Folgenden nur noch kurz „Sozialpapier“ genannt – durch den Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz im Februar 2014 halte ich für einen Fehlstart. Das liegt *zum einen* daran, dass das Verfahren der Debatte über das Sozialpapier nicht geklärt ist. Bis zur Stunde ist unklar, ob die Ergebnisse der Diskussionen in einem neuen Text gebündelt werden. Wer mag sich schon in einen Prozess einbringen, in dem die kirchliche Basis und die Vertreter anderer gesellschaftlicher Gruppen ihrem Unmut Luft machen können, die kirchenamtlichen Positionen aber in Stein gemeißelt sind? *Zum anderen*

war die Veröffentlichung des Sozialpapiers m. E. deshalb ein Fehlstart, weil es sich bis auf wenige Passagen im Klein-Klein der Großen Koalition verheddert.

Dabei können kirchliche Stellungnahmen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik über das Alltagsgeschäft der Politprofis hinauskommen, ohne sich in die himmlischen Höhen abstrakter Wertreflexionen zu verflüchtigen. *Eine* Möglichkeit, über die kleinteilige Tagespolitik hinauszukommen, hat Bischof Homeyer zu Beginn jenes Konsultationsprozesses aufgewiesen, aus dem dann das Sozialwort von 1997 hervorging. Er forderte Christen und Nichtchristen auf, sich „nicht von Denkblockaden einschnüren zu lassen", sondern auch nach dem Wünschenswerten zu fragen: „In welcher Gesellschaft *wollen* wir leben? Wie *wollen* wir unser gemeinsames Leben gestalten?" Eine *andere*, dem Jahr 2014 vermutlich besonders angemessene Möglichkeit hätte darin bestanden, einige grundlegende Fragen zu stellen: Die Kirchenleitungen hätten einige fundamentale gesellschaftspolitische Herausforderungen der Gegenwart identifizieren können, auf die es eben noch keine fertigen Antworten gibt, sondern die im Gegenteil das Potenzial haben, die eingefahrenen Überzeugungen der verschiedenen politischen Lager zu verunsichern. In dem vorliegenden Sozialpapier entwickeln die Kirchenleitungen leider nur an wenigen Stellen Perspektiven, die über die 185 Seiten des Koalitionsvertrags hinausgehen.

(2) Wohl noch am ehesten gelingt das im Bereich der Finanzmarktpolitik (vgl. Seiten 7f. sowie die Thesen 1 und 3 des Sozialpapiers). Hier wird eine für die wirtschaftsethischen Reflexionen der Christlichen Sozialethik typische Perspektive deutlich, die sich ansonsten in anderen wirtschaftsethischen Ansätzen nur selten findet: In der Christlichen Sozialethik geht es nicht nur darum, schädliche Effekte oder Nebenwirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten einzudämmen. Vielmehr wird das Wirtschaften insgesamt auf die Lebens- und Entfaltungsinteressen aller Menschen ausgerichtet. Um dieser weitreichenden Zielsetzung willen sollen die nationalstaatlichen Regierungen und die internationalen Organisationen aktiv werden; sie sollen das Wirtschaftsgeschehen gestalten und ihm vor allem eine verlässliche und faire Rahmenordnung geben. Dies wird in dem Sozialpapier in aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt.

So beschränkt sich der Text nicht darauf, solche finanzwirtschaftliche Aktivitäten zu problematisieren, durch die das Risiko einer Finanzkrise steigt oder bei denen Akteure geschädigt, z.B. Kleinanleger „über den Tisch gezogen", werden. Vielmehr beklagt das Sozialpapier, dass sich die Finanzindustrie verselbständigt hat, insofern sich mit vielen ihrer gewinnträchtigen Aktivitäten „kein realwirtschaftlicher Nutzen" (Seite 16) mehr verbindet. Gemeint sind offenbar Geschäfte, von denen

kein Akteur einen Vorteil hat, der nicht Vorstand, Mitarbeiter/-in oder Aktionär eines Finanzinstituts ist. Das ist die *eine* zentrale Kritiklinie des Sozialpapiers an der Finanzwirtschaft. Die *andere* Linie passt gut dazu, obwohl sie zugleich auch in anderen Traditionen wirtschaftspolitischen Denkens, etwa im Ordoliberalismus, vertreten wird: Es ist die Kritik daran, dass mit der Sozialisierung der Verluste vieler Finanzinstitute das Prinzip der Haftung weitgehend aufgeweicht wurde. Die Übernahme der Bankverluste durch den Staat ist zum einen problematisch, weil die Aussicht einer künftigen Verlustübernahme Geschäfte, die besonders einträglich, aber auch besonders riskant sind, noch attraktiver macht. Zum anderen führen die Rettungspakete für Banken zu Belastungen der staatlichen Haushalte, unter denen in vielen Industrieländern wegen der staatlichen Sparpolitik die Benachteiligten besonders zu leiden haben; denn sie sind diejenigen, die auf staatliche Leistungen besonders angewiesen sind.

(3) Allerdings hätten die Kirchen bei beiden zentralen Kritiklinien an der heutigen Finanzwirtschaft auch noch einen Schritt weitergehen können. Warum können Banker und Bankaktionäre mit bestimmten Aktivitäten des Investmentbankings viel Geld verdienen, auch wenn von ihnen kein Externer einen Nutzen hat? Woher kommt das Geld, das da verdient wird? Wenn Geschäftsbanken Kredite vergeben oder Vermögenswerte kaufen, schaffen sie zugleich neues Geld. Deshalb kann man sich das Kredit- und Einlagengeschäft einer Geschäftsbank vorstellen wie eine große Geldmaschine. Entscheidend ist, woran man diese großen Geldmaschinen anschließt! Mit dem neuen Geld dieser Geldmaschinen kann man reale Investitionen und Beschäftigung finanzieren. Man kann mit ihm aber auch Finanztransaktionen und die Käufe bereits bestehender Vermögenswerte bezahlen. Ein zentrales Problem der Finanzwirtschaft ist, dass das Kredit- und Einlagengeschäft heute mit dem stark expandierenden Investmentbanking jeweils in einer Bank eng verbunden ist und dass darüber hinaus ein Großteil der Bankkredite dazu dient, Transaktionen mit Wertpapieren, Derivaten oder Immobilien zu finanzieren. Weil die Geldmaschinen der Kreditinstitute auch (und vor allem) an diese Finanztransaktionen und Vermögensumschichtungen angeschlossen sind, können die Banken mit den entsprechenden Aktivitäten viel Geld verdienen, obwohl diese Geschäfte Dritten keinen Nutzen bringen.

Auch die Kritiklinie mit dem Haftungsprinzip müsste man eigentlich weiter ausziehen: Ohne grundlegende Veränderungen der Finanzwirtschaft wird sich auch in den nächsten Jahrzehnten keine Regierung der Welt in der Lage sehen, das Haftungsprinzip konsequent gegen Banken durchsetzen. Keine wird es wagen,

eine Großbank alle Verluste tragen und Konkurs gehen zu lassen, wenn dadurch der gesamte Sektor der Geschäftsbanken ihres Landes in die Krise zu stürzen oder gar eine globale Bankenkrise auszubrechen droht. Das Kredit- und Einlagengeschäft der Geschäftsbanken ist essentiell für jede moderne Volkwirtschaft. Hier kommen die Wirtschaftsakteure an ihr Geld, hier wird ihr bargeldloser Zahlungsverkehr abgewickelt. Weil eine moderne Volkswirtschaft ohne das Kredit- und Einlagengeschäft der Geschäftsbanken nicht „funktionieren" kann, haben die Banken das „Erpressungspotenzial" (Seite 25), von dem auch das Sozialpapier spricht. Wer das Haftungsprinzip konsequent durchsetzen will, wer will, dass Institute, die sich mit riskanten Aktivitäten des Investmentbanking verspekuliert haben, auch tatsächlich Konkurs gehen können, der muss auch für kleine Banken und für eine Trennung des Investmentbanking vom Kredit- und Einlagengeschäft eintreten. Nur bei einer solchen Trennung nämlich kann eine Regierung eine Investmentbank, die sich verspekuliert hat, „Pleite gehen" lassen, ohne das gesamtwirtschaftlich unverzichtbare Kredit- und Einlagengeschäft zu gefährden. Und nur kleine Institute, die nicht allzu sehr mit dem Rest der Finanzwirtschaft verwoben sind, können vom Erdboden verschwinden, ohne das gesamte globale Finanzsystem mit in den Abgrund zu reißen. Nun wird niemand von den Leitungen der Großkirchen ernsthaft erwarten, dass sie in einem offiziellen Papier die Zerschlagung der Deutschen Bank und anderer Großbanken fordern... Aber sie könnten eben unbequeme Fragen stellen, hier z.B. die Frage, wie das Haftungsprinzip durchgesetzt werden kann, solange es riesige Universalbanken gibt.

(4) Bedauerlich ist, dass das Sozialpapier, den in Deutschland üblichen Debattenlinien folgend, nur die *Staats*verschuldung problematisiert. Es kommt nicht auf das umfassendere Problem zu sprechen, dass in vielen Industrieländern nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch der Unternehmenssektor oder der Sektor der privaten Haushalte hoch verschuldet ist. Hätte der Text dies thematisiert, dann wäre auch die Verbindung des Schuldenproblems mit der Finanzmarktpolitik deutlich geworden; denn eine hohe Verschuldung ist typisch für die Zeit nach einer Finanzkrise. Schließlich geht einer Finanzkrise fast immer eine lange Phase finanzwirtschaftlicher Expansion voraus, eine Phase des anhaltenden Optimismus, in der viele der optimistischen Akteure immer mehr Schulden aufnehmen.

Nicht nur bedauerlich, sondern ärgerlich ist, dass die Autoren des Sozialpapiers in das verbreitete Lamento über niedrige Zinsen einstimmen und dabei – im Vergleich zu anderen Problemlagen –recht scharf formulieren: „Sozialethisch kritisch zu bewerten ist (...), dass die Sparer zur Zeit besondere Belastungen tragen

müssen“ (Seite 29). Haben die Autoren übersehen, dass, wenn jemand Zinsen kassiert, ein anderer diese Zinsen zahlen muss? In vielen Industrieländern ist das Problem hoher Schuldenstände des Staates, der privaten Haushalte und/oder der Unternehmen eine schwere Last, die jede wirtschaftliche Dynamik erdrückt. Wie will man aus dieser Zwangslage herauskommen? Allein durch Wachstum? Das ist völlig unrealistisch! Durch eine hohe Inflation oder durch einen globalen Teilerlass von Schulden? Das werden zumindest in Deutschland die meisten nicht wollen! Was bleibt dann außer einer längeren Phase niedriger Zinsen? Statt niedrige Zinsen „sozialethisch kritisch zu bewerten“ hätten die Kirchenleitungen vielleicht auch hier besser eine Frage gestellt: die Frage, wie die hohen Schulden abgebaut werden können, ohne dass wieder einmal die Kleinsparer die meiste Last tragen müssen.

(5) Ein letzter Punkt zum Wirtschaften der Kirchen selbst: Als Katholik, der im Bistum Limburg lebt, hätte ich mir ein offenes Wort der Kirchenleitungen zum Vermögen und zu den Finanzen der Kirchen gewünscht. Hier gibt es viel Intransparenz und auf katholischer Seite ein massives Kontrolldefizit. Ein Absatz zu dieser Problematik hätte die Glaubwürdigkeit der amtskirchlichen Ausführungen zur Finanzwirtschaft erhöht. Einen Absatz dazu hätten sicher viele begrüßt, nicht nur die Katholikinnen und Katholiken im Bistum Limburg.

Das vorbereitete Statement wurde in dieser Form nicht gehalten, weil die Struktur der nachmittäglichen Diskussionsrunden spontan verändert wurde. Wesentliche Inhalte sind aber in das Gespräch über Finanzmarktregulierung eingegangen.